Stand: 19.11.2025 06:47:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5426

"Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union; Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts der Kommission und des Rates (Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission zum Jahreswachstumsbericht 2015); COM (2014) 906 final BR-Drs. 584/14"

Vorgangsverlauf:

- 1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/5426 vom 26.02.2015
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6570 des BI vom 05.05.2015
- 3. Beschluss des Plenums 17/6629 vom 19.05.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.05.2015



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.02.2015 Drucksache 17/5426

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union; Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts der Kommission und des Rates (Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission zum Jahreswachstumsbericht 2015); COM (2014) 906 final BR-Drs. 584/14

Verfahren gemäß § 83c BayLTGeschO

- Der Ausschuss hat im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags gegenüber der Staatsregierung und/oder der Europäischen Union erforderlich ist.
- Der Ausschuss hat beschlossen, das Vorhaben zur weiteren Beratung gemäß § 83c Abs. 1 Bay-LTGeschO an den Ausschuss für Bildung und Kultus zu überweisen.

Begründung:

Das Vorhaben ist landespolitisch von Bedeutung, da der Bereich der Bildung betroffen ist. Die Ausführungen der EU-Kommission enthalten u. a. sehr kritische Äußerungen über das deutsche Bildungssystem. Hierzu sollte der Bayerischen Landtag Stellung beziehen.

Die Kommission hat dem Jahreswachstumsbericht 2015 den Vorschlag für den sog. Gemeinsamen Bericht zur Beschäftigung beigefügt. Der Bericht analysiert die Beschäftigungslage in Europa und kommt zu dem Ergebnis, dass sich die tiefgreifenden Strukturreformen bewährt haben. Er enthält ferner Verbesserungsvorschläge zur Beschäftigungslage und Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme.

Der Bundesrat hat sich mit Beschluss vom 6. Februar 2015 (BR-Drs. 584/14) dahingehend geäußert, dass er die Aufwertung der beruflichen Bildung und duale Bildungssysteme in Europa befürwortet. Kritisch stellt er hingegen fest, dass die neue Kommission Bildung in den Dienst der Beschäftigungsfähigkeit stellt. Dies zeigt sich insbesondere in der Umbildung der Generaldirektionen der Kommission, nämlich in der Ausgliederung der beruflichen Bildung und Erwachsenenbildung sowie des Bereichs der Kompetenzen aus der bisherigen Generaldirektion für Bildung und Kultur in die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration.

Insoweit verweist der Bundesrat explizit auf das in Art. 165 und Art. 166 AEUV normierte Kompetenzgefüge und die darin gesetzten Kompetenzgrenzen. Die Kooperation im Bereich der Bildung sei auf europäischer Ebene rein freiwillig. Trotz der "künstlichen" Aufspaltung der Themen auf europäischer Verwaltungsebene sei zwingend zu gewährleisten, dass die für Bildung zuständigen Fachgremien des Rates auf Minister- und Fachebene weiterhin federführend mit sämtlichen Bildungsthemen auf europäische Ebene befasst werden.

Die Kritik an Deutschland, dass nur geringe Fortschritte bei der Erhöhung des Angebots an Ganztagsschulen zu verzeichnen seien, weist der Bundesrat zurück (vgl. auch BR-Drs. 249/14).

Eine Verstärkung der Rechenschaftspflicht weist der Bundesrat unter Bezugnahme auf den sog. Grundsatz der Freiwilligkeit der europäischen Bildungskooperation für den Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung ebenfalls zurück.

Der Bundesrat weist zudem darauf hin, dass die Ausgestaltung der Finanzierung des Bildungswesens allein der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten – in Deutschland der Länder – unterliegt (siehe auch Beschluss BR-Drs. 725/12).



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

05.05.2015 Drucksache $17/6\overline{570}$

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Europaangelegenheit

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union:

Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts der Kommission und des Rates (Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission zum Jahreswachstumsbericht 2015);

COM (2014) 906 final BR-Drs. 584/14

Drs. 17/5426

I. Beschlussempfehlung:

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen und um Berücksichtigung der vom Bundesrat im Beschluss vom 06.02.2015 zu Drucksache 583/14, Punkte 5-11, geäußerten Bedenken im weiteren Verfahren gebeten.

Berichterstatter: **Prof. Dr. Gerhard Waschler** Mitberichterstatter: **Martin Güll**

II. Bericht:

- Das EU-Vorhaben wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Vorhaben endberaten.
- Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat das EU-Vorhaben in seiner 26. Sitzung am 12. März 2015 beraten und beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83c Abs. 2 BayLTGeschO).
- Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat das EU-Vorhaben in seiner 26. Sitzung am 12. März 2015 federführend beraten und einstimmig in der in I. genannten Weise entschieden (§ 83c Abs. 3 BayLTGeschO).

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben in seiner 25. Sitzung am 05. Mai 2015 endberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt, mit der Maßgabe, dass folgender Satz 2 angefügt wird:

"Die Stellungnahme ist an die Staatsregierung und an die EU-Kommission zu übermitteln."

Martin Güll Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

19.05.2015 Drucksache 17/6629

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Europaangelegenheit

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union; Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts der Kommission und des Rates (Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission zum Jahreswachstumsbericht 2015); COM (2014) 906 final

BR-Drs. 584/14 Drs. 17/**5426**, 17/**6570**

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen und es wird um Berücksichtigung der vom Bundesrat im Beschluss vom 6. Februar 2015 zu Drucksache 583/14, Punkte 5-11, geäußerten Bedenken im weiteren Verfahren gebeten.

Die Stellungnahme ist an die Staatsregierung und an die EU-Kommission zu übermitteln.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschusses
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

 Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union; Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts der Kommission und des Rates (Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission zum Jahreswachstumsbericht 2015); COM (2014) 906 final BR-Drs. 584/14 Drs. 17/5426, 17/6570 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Isabell Zacharias, Annette Karl, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Anhörung zur Sicherung der Vielfalt und Staatsferne in den Aufsichtsgremien des Rundfunks in Bayern Drs. 17/4717, 17/6398 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Beförderung nach A9 mit Amtszulage Drs. 17/5210, 17/6458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. CSU Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Staatsbibliothek und den Universitätsbibliotheken des Freistaats Drs. 17/5361, 17/6399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausstieg aus der Torfnutzung im Garten- und Landschaftsbau Drs. 17/5487, 17/6431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) KZ-Gedenkstätten besser vor Vandalismus schützen Drs. 17/5499, 17/6400 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse für nichtwissenschaftliches Personal an bayerischen Hochschulen senken Drs. 17/5503, 17/6401 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge an bayerischen Hochschulen hinterfragen

Drs. 17/5504, 17/6402 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

9.	Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert,
	Stefan Schuster u.a. SPD
	Zusätzliche Stellen und Mittel für die bayerische Polizei nach den Anschlägen
	von Paris schnell und nachhaltig realisieren
	Drs. 17/5557, 17/6531 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Reha vor Pflege

Drs. 17/5559, 17/6536 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernhard Seidenath u.a. CSU
 Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns über die Vorbereitung des Bereitschaftsdienstes auf kommende Herausforderungen

Drs. 17/5603, 17/6537 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zugang zu Cannabis als Medizin für Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten erleichtern Drs. 17/5607, 17/6538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung der Kemptener Kokain-Affäre Drs. 17/5616, 17/6393 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Dauerhafte Übertragung des Berufungsrechts auf die bayerischen Hochschulen Drs. 17/5617, 17/6403 (A)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD) Bericht zur Polizeiaktion in der U-Bahnstation "Weißer Turm" in Nürnberg am 5. März 2015 gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration Drs. 17/5658, 17/6394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Versammlungsfreiheit in Bayern – Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen schützen

Drs. 17/5672, 17/6395 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg, Angelika Schorer u.a. CSU

Entwicklung landwirtschaftsnaher Studiengänge an den Hochschulen in Bayern Drs. 17/5710, 17/6404 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

zur 45. Vollsitzung am 19. Mai 2015

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Doris Rauscher u.a. SPD Gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Masern in Bayern Drs. 17/5718, 17/6539 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	A

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD Kein Maulkorb für Gemeinde- und Stadträte sowie Kreis- und Bezirkstage bei allgemeinpolitischen Fragen wie TTIP und CETA! Drs. 17/6081, 17/6396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z